

Antrag der Hamburger CDU zum Regierungsprogramm der CDU Deutschlands (Beschluss des Landesvorstandes vom 25.5.2021)

I. Klimaschutz zum Exportschlager machen

Wir wollen Klimaschutz zum Exportschlager machen. Wir setzen dabei auf Technologieoffenheit. Neben der Elektromobilität und dem Aufbau einer Wasserstoffindustrie sind auch klimaneutrale Kraftstoffe wie E-Fuels ein wichtiger Baustein. Mit ihnen können auch Bereiche, die höhere Energiedichten benötigen, wie etwa die Luftfahrt, klimaneutral werden. Gerade im Bereich der klimaneutralen Kraftstoffe kann Deutschland neue klimafreundliche Schlüsseltechnologien aufbauen und weltweit eine führende Rolle einnehmen. Auch Technologien wie CO₂-Speichertechnologien, blauer Wasserstoff oder fortschrittliche Biokraftstoffe werden wir auf dem Weg zur Klimaneutralität nicht vernachlässigen, sondern auch in diesen Bereichen weiter forschen. So werden wir in klimafreundlichen Industrien Tausende neue Arbeitsplätze schaffen und auch im Bereich des Klimaschutzes zum Exportweltmeister.

II. Maritime Wirtschaft fördern

Der Schiffstransport ist die relativ zur Warenmenge klimafreundlichste Transportmethode. Wir wollen die deutsche und europäische Schiffbauindustrie, Schifffahrt und Häfen international wettbewerbsfähig aufstellen, insbesondere gegenüber asiatischen Staaten. Der Schlüssel hierfür ist eine europäische maritime Wachstumsagenda, die an den Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet ist.

Durch die Förderung der deutschen Innovationskraft und des Infrastrukturausbaus im Bereich erneuerbarer Kraftstoffe und alternativer Antriebe kann Deutschland die internationalen Standards für eine klimafreundliche maritime Wirtschaft setzen.

III. Gesundheitsstandort stärken/Datenverarbeitung vereinfachen

Wir sollten in Deutschland Daten sicher teilen und dabei weitaus mehr technische Möglichkeiten als bisher nutzen, um beispielsweise Infektionen zu bekämpfen. Die Coronakrise zeigt dabei wie unter einem Brennglas, dass die aktuellen Datenschutzregeln insbesondere im Gesundheitswesen zum Hemmschuh geworden sind. Mit Daten, die zum Wohle der Gesellschaft anonym geteilt werden, könnte man neue Medikamente gegen tödliche Krankheiten erforschen. Mehr Datenschutzpragmatismus ist vor allem im Sinne der Patienten. Wenn die deutsche Gesundheitsversorgung noch mehr Patienten helfen und Krankheiten besiegen möchte, müssen wir

das Potenzial der Digitalisierung insgesamt besser nutzen. Die CDU wird sich dafür einsetzen, dass wir die Chancen wahrnehmen können, die uns digitale, datengetriebene Systeme bieten.

IV. Umwandlung statt Abriss – neue Anreiz- und Förderprogramme gestalten

Noch ist die Pandemie nicht vorbei und eine detaillierte Abschätzung der Folgen und Veränderungen für unser Leben ist noch nicht abschließend zu erkennen. Drei Dinge zeichnen sich jedoch schon jetzt deutlich ab:

- Großstädte sind nach wie vor attraktiv und werden auch zukünftig Zuzug sehen, der auf einen angespannten Wohnungsmarkt trifft. Es müssen mehr Wohnungen in allen Preiskategorien gebaut werden.
- Die Art, wie wir arbeiten, wird sich dauerhaft verändern. Viele Menschen werden mit Freude in ihre Büros zurückkehren, trotzdem aber die Vorteile des Homeoffice weiter nutzen wollen. Alle Umfragen zeigen, dass mehr Flexibilität gewünscht wird und ein oder zwei Tage Homeoffice von vielen für ideal gehalten werden. Dementsprechend werden weniger Flächen für Büroraum notwendig sein.
- Der Trend zum Onlinehandel ist – verstärkt durch die Pandemie – ungebrochen. Dies wird Einfluss haben auf den Bedarf an Einzelhandelsflächen.

Seit Jahren wird in deutschen Großstädten die Diskussion zur Umwandlung von Büro- und Einzelhandels- in Wohnflächen mit dem Argument zu hoher Kosten abgewehrt. Aktuelle Gutachten zeigen, dass diese Umwandlung wirtschaftlich sinnvoll sein kann. Hinzu kommen die Anforderungen aus den verabschiedeten Klimaschutzziele: Bei der CO₂-Bilanz liegen Abriss eines Bürohauses plus Errichtung eines Neubaus für Wohnen deutlich schlechter als Umbau im Bestand. Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- Anreizsysteme und Förderprogramme für die Umwandlung von Büro- und Einzelhandels- in Wohnflächen im Bestand;
- Erleichterungen bei der Beantragung und Genehmigung solcher Umnutzungen;
- ein spezielles Förderprogramm für Quartiersgaragen (für Autos/Fahrräder/Lastenfahrräder) in Nachverdichtungsgebieten, idealerweise in Kombinationsnutzungen (Spiel- oder Sportplatz, Treffpunkte oder Urban Gardening auf dem Dach).

V. Ausbau ÖPNV

Eine Verbesserung des Verkehrsflusses und der Luftqualität erreichen wir in den Ballungsräumen Deutschlands nur über einen leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehr. Ein gut ausgebautes U- und S-Bahnnetz schafft Anreize dafür, dass Menschen auf klimafreundliche Verkehrsmittel umsteigen und das Auto freiwillig stehenlassen. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs durch den Bund massiv gefördert wird.

VI. Schnellere Realisierung von Infrastrukturvorhaben

Planungs- und Genehmigungsverfahren für Bauvorhaben in Deutschland ziehen sich oft über Jahre hin und sind ein massives Hindernis für neue Investitionen in Betriebe und Infrastrukturen. So dauern Schienenprojekte im Durchschnitt 20 Jahre von der Planung bis zum Bau. Für die Erreichung der Klimaschutzziele, die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland und eine Verbesserung der Mobilität ist eine schnellere Realisierung von Infrastrukturvorhaben unerlässlich. Deutschland benötigt als exportstarke Wirtschaftsnation in der Mitte Europas leistungsfähige Verkehrswege. In dieser Legislaturperiode sind auf Initiative von CDU und CSU bereits mehrere Planungsbeschleunigungsgesetze beschlossen worden, die zu einer Verbesserung beitragen werden. Weitere Maßnahmen sind notwendig. Wir sprechen uns daher dafür aus, sämtliche Akten und Urkunden bei Planungsprozessen zu digitalisieren.

Umweltverbände sollen darüber hinaus nur klagen dürfen, wenn die Belange des entsprechenden Verbands direkt betroffen sind oder eine ordnungsgemäße Beteiligung der Umweltverbände im Verwaltungsverfahren nicht gegeben war. Einwände der Umweltverbände, die erst vor Gericht erhoben werden, müssen ausgeschlossen werden dürfen, um eine weitere Verzögerung der Vorhaben zu vermeiden. Ansonsten würde auch in Zukunft das Verbandsklagerecht pauschal für die Blockade von Infrastrukturprojekten benutzt werden. Die Klagen von Umweltverbänden sollten sich allein auf umweltbezogene Rechtsvorschriften beschränken und nicht mehr z. B. auf Basis von wirtschaftlichen Bedenken oder dem reinen Ausnutzen von Formfehlern, von denen die Kläger gar nicht direkt betroffen waren, erfolgen können.

Grundsätzlich sollten alle Klageberechtigten verpflichtet werden, alle ihnen bekannten verfahrensrelevanten Umstände bereits im Verwaltungsverfahren mitzuteilen, anstatt erst hinterher dagegen zu prozessieren. Darüber hinaus brauchen wir eine stärkere Standardisierung von umweltfachlichen und technischen Fragen und eine bessere Vernetzung der Behörden untereinander, damit nicht erst in einem langwierigen Verfahren die fachlichen Maßstäbe entwickelt werden. Derzeit müssen die Planungen gemäß den neuesten fachlichen Erkenntnissen und Gesetzen während des laufenden Verfahrens angepasst werden. Dadurch kommt es während der Planung häufig zu Verzögerungen und langwierigen Überarbeitungen, weil sich technische oder verkehrliche

Rahmenbedingungen ändern. Eine gesetzliche Stichtagsregelung soll es ermöglichen, dass Änderungen nach einem bestimmten Stichtag nicht mehr berücksichtigt werden müssen. Dies würde die Planbarkeit von Infrastrukturprojekten verbessern und die Zeit vom Planungsbeginn bis zum Bau verkürzen.

VII. Keine Politisierung des Mindestlohns

Wir setzen uns dafür ein, dass es zu keiner Politisierung des gesetzlichen Mindestlohns kommt. Alle Bestrebungen, die Höhe des gesetzlichen Mindestlohns alleinig durch die Politik, d.h. das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), festsetzen zu lassen, lehnen wir ab.

VIII. Klares Bekenntnis zum Antiextremismus

Die Sicherheit der Bürger hat für uns höchste Priorität. Freiheit ohne Sicherheit gibt es nicht. Die Kriminalität in Deutschland ist auf dem niedrigsten Niveau seit 1993. Das ist kein Zufall, sondern Ergebnis der langjährigen Sicherheitsoffensive der Union. Nie zuvor hat eine Bundesregierung so viel in die Sicherheit unseres Landes investiert wie in dieser Wahlperiode. Das Personal der Sicherheitsbehörden wurde um rd. 50 Prozent erhöht, davon mehr als 8.300 neue Stellen bei der Bundespolizei.

Die größte Herausforderung für die Zukunft ist es, unsere Sicherheitsbehörden – vom BKA, über die Bundespolizei bis hin zum Bundesamt für Verfassungsschutz – rechtlich und technologisch in die Lage zu versetzen, die sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts im Bereich der Cyberkriminalität, des Terrorismus, der Organisierten Kriminalität und des Kindesmissbrauchs wirksam zum Schutz der Bürger bewältigen zu können.

1. Wir stehen an der Seite unserer Polizei

Wir wollen den strafrechtlichen Schutz der Polizeibeamten mit einer Mindesthaftstrafe von sechs Monaten für tätliche Angriffe gegen Einsatzkräfte und einer Erhöhung des Strafrahmens in besonders schweren Fällen von fünf auf zehn Jahre, wenn Täter Waffen oder andere gefährliche Gegenstände mitführen, weiter verbessern.

2. Terrorismus wirksam bekämpfen und Gefahren im Cyberraum abwehren

Die Gefahr von terroristischen Bedrohungen für unser Land ist weiterhin hoch. Extremistische Straftaten im Bereich des Links- und Rechtsextremismus sowie des islamistischen Extremismus nehmen tendenziell weiter zu. Große Gefahren für unsere Versorgung, unsere Datensicherheit, unsere Wirtschaft aber auch unsere freie und offene Gesellschaft gehen heute von der Cyberkriminalität aus. Deshalb müssen die

herkömmlichen Instrumente für Polizei- und Sicherheitsbehörden in die digitale Welt übersetzt werden. Wir fordern:

- a) **Die Einführung bzw. Ausweitung der Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ):** Verschlüsselte Kommunikationsinhalte bei Messengerdiensten wie WhatsApp können mit der klassischen Form der TKÜ nicht mehr ausgewertet werden. Dadurch sind unsere Sicherheitsbehörden insbesondere in kritischen Bereichen wie der Terrorabwehr oder der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität weitgehend blind. Die Quellen-TKÜ erfasst diese Daten, bevor sie verschlüsselt werden oder nachdem diese entschlüsselt wurden. Hierbei wird nur die Kommunikation erlangt, die auch durch eine „konventionelle“ TKÜ erlangt würden. Wenn eine Telefonüberwachung aufgrund richterlichen Beschlusses erfolgen kann, muss dies auch für verschlüsselte Nachrichten und Telefonate gelten.
- b) **Einführung der Onlinedurchsuchung:** Die Verschlüsselung von Daten (z. B. bei Verschlüsselung eines Bereichs der Festplatte eines Computers oder einer externen Festplatte) stellt die Sicherheitsbehörden zunehmend vor technische Probleme. Um im Einzelfall verschlüsselte Daten als Spurenansätze bzw. Beweismittel auswerten zu können, ist die verdeckte Onlinedurchsuchung auf Basis einer richterlichen Anordnung ein geeignetes Ermittlungsinstrument zur Aufklärung schwerer Straftaten. Wenn ein richterlicher Beschluss die Durchsuchung der Wohnung ermöglicht, muss Gleiches auch für das digitale Büro auf dem PC oder Laptop möglich sein.
- c) **Einführung der Vorratsdatenspeicherung auf europäischer Ebene:** Vorratsdatenspeicherung ist die schärfste Waffe im Kampf gegen Kindesmissbrauch und Kinderpornographie und wichtiges Mittel zur Bekämpfung organisierter Kriminalität in vielen Bereichen. Nur mit anlassunabhängiger Speicherung von Telekommunikationsverkehrsdaten (sogenannte Vorratsdatenspeicherung) kann Kinderpornographie wirksam zu den Tätern und Verbreitern zurückverfolgt werden. Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden, indem verhindert wird, dass Jahr für Jahr tausende Straftaten nicht aufgeklärt und die Täter nicht ermittelt werden können.

3. Humanität und Ordnung in der Migrationspolitik als Grundprinzip durchsetzen

Humanität und Bekämpfung illegaler Migration sind zwei Seiten einer Medaille, denn nur die Bekämpfung von illegaler Zuwanderung stellt Akzeptanz für humanitäre Migration bei der deutschen Bevölkerung her. Um den Zusammenhalt in Europa und Deutschland zu wahren, wollen wir

- a) Europas Außengrenzen besser schützen, indem wir den Zugriff der Grenzschrützer auf alle relevanten Datenbanken, wie das Schengen-Informationssystem und EURODAC,

ermöglichen, europäisch verwaltete Asylentscheidungscentren an den EU-Außengrenzen einführen und ein Register aller Ein- und Ausreisenden, für die eine Visumpflicht besteht, in Verknüpfung mit biometrischen Daten einrichten. Auf dieses Register sollen auch nationale Sicherheitsbehörden Zugriff haben, damit Kriminelle und Terroristen sich nicht mehr unerkannt innerhalb Europas bewegen können;

- b) Menschen in Not auch weiterhin helfen, wie dies durch die freiwillige Übernahme von Asylsuchenden wie unbegleiteten Kindern oder besonders schutz- oder behandlungsbedürftigen Personen auch bisher praktiziert wurde;
- c) mehr sichere Herkunftsstaaten ausweisen, aus denen in aller Regel keine Schutzbedürftigen einreisen. Anreize müsse abgebaut werden, damit sich diese Menschen ohne Aussicht auf Asyl auf den Weg nach Deutschland machen;
- d) Bleiberechtsmöglichkeiten abgelehnter Asylbewerber beschränken, die Ausreisepflicht besser durchsetzen und dabei den Druck auf Identitätstauscher und Mitwirkungsverweigerer erhöhen.

4. Die freiheitliche Gesellschaft bewahren, den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern, den politischen Islamismus bekämpfen

In dieser Wahlperiode hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein Positionspapier zur Bekämpfung des politischen Islamismus beschlossen, das eine klare Kursbestimmung im Umgang mit Organisationen und Vertretern des politischen Islamismus vornimmt und ein umfassendes Maßnahmenbündel enthält, das insbesondere der Ergründung des ideologischen Nährbodens und seine Bekämpfung zum Ziel hat. Noch in dieser Wahlperiode soll mit der Einrichtung eines Expertenkreises Politischer Islamismus beim Bundesinnenministerium mit der Umsetzung begonnen werden. Wir fordern zur Umsetzung:

- a) die Einrichtung einer Dokumentationsstelle „Politischer Islamismus in Deutschland und Europa“, die zusätzlich zu den Beobachtungsaktivitäten der Sicherheitsbehörden als wissenschaftlich arbeitende Dokumentationsstelle fungiert und dabei Veröffentlichungen, Internetauftritte, Anwerbungsstrategien, Selbstdarstellungen einzelner Gruppen und Akteure erfasst und das Wirken von Personen und Gruppen aus dem Bereich des politischen Islamismus in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik dokumentiert;
- b) wissenschaftliche Grundlagenforschung, insbesondere durch die Einrichtung einer signifikanten Anzahl von Lehrstühlen deutschlandweit, die sich wissenschaftlich mit dem Phänomen auseinandersetzen und mit Durchführung einer breit angelegten

Schulstudie über die Erfahrungen und Probleme von Lehrkräften mit islamistischen Einflüssen und Formen islamistisch motivierten Verhaltens bei Schülern;

- c) Beendigung staatlicher Kooperationen und Vertragsbeziehungen mit Organisationen des politischen Islamismus. Vereine und Verbände, die eine Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellen und von den Verfassungsschutzämtern von Bund oder Ländern beobachtet werden, können nicht gleichzeitig Partner unseres Staates sein. Islamisten muss mit gleicher Distanz und Ablehnung begegnet werden wie den politischen Extremisten von links und rechts. Deshalb müssen sämtliche finanzielle Zuwendungen, Förderungen, Vertragsbeziehungen und Kooperationen mit islamischen Vereinen und Verbänden, die Beobachtungsgegenstand der Verfassungsschutzämter sind, in Bund und Ländern eingestellt werden. Dies schließt gesetzliche Steuervergünstigungen im Sinne der Gemeinnützigkeit ein.

IX. Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

1. Ehrenamt stärken

Gesellschaftlicher Zusammenhalt kann nicht allein von Einzelnen oder durch staatliches Handeln erzielt werden. Es bedarf Menschen und Gruppen, die sich ehrenamtlich für das Gemeinwohl engagieren und so das Miteinander und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern: Menschen setzen sich für andere, für Kunst und Kultur oder für die Umwelt ein. Dieser Einsatz beispielsweise in Hilfsdiensten, in Kirchen und Religionsgemeinschaften, im Sport, in der Kultur und im Umweltschutz leistet unverzichtbare Beiträge zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dies verdient ein Mehr an Anerkennung, Wertschätzung und Förderung. Beispiele für Umsetzungsmöglichkeiten sind:

- die Förderung ehrenamtlicher Aktivitäten in Schulen;
- die (gesonderte) Berücksichtigung in der Rentenversicherung;
- zusätzliche Steuererleichterungen (Freibeträge);
- die Kostenübernahme von Fahrkarten im ÖPNV;
- die Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten durch den Arbeitgeber während der Dienstzeiten (Freiwillige Feuerwehr, Bereitschaften in Hilfsorganisationen etc.);
- die Anrechnung von Freiwilligendiensten bei Studienplatzvergaben.

Für kleine, ehrenamtlich geführte eingetragene Vereine sind Haftungs- und Steuerregelungen aufgrund der Komplexität oftmals nur schwer durchschaubar, mit der

Konsequenz, dass diese das gemeinwohlorientierte Ehrenamt erschweren oder abschreckend wirken. Dies betrifft beispielsweise Bürgervereine, die mit ihrem gesellschaftlichen Engagement das Miteinander vor Ort fördern. Die Gründung der Deutschen Stiftung für Ehrenamt und Engagement ist ein wichtiger Schritt. Darüber hinaus wollen wir insbesondere kleine, ehrenamtlich geführte Vereine zusätzlich entlasten:

- Einführung von geförderten Versicherungen für Haftpflicht- und Vermögensschäden.
- Erstellung eines Merkblatts des Finanzamtes über Steuerverpflichtungen und Möglichkeiten, Gemeinnützigkeit zu beantragen.
- Aktuelle, übersichtliche Informationen durch staatliche Stellen in Form einer Broschüre, die die wesentlichen gesetzlichen Regelungen zusammenfasst, sowie durch Infoabende.
- Verpflichtung der Notare, bei Beantragung von eingetragenen Vereinen auf die genannten Punkte Versicherung und Steuerverpflichtung hinzuweisen und entsprechendes Informationsmaterial auszuhändigen.
- Ausweitung werblicher Maßnahmen (Öffentlichkeitsarbeit) zur Förderung kleiner ehrenamtlich geführter Vereine.

2. Spaltender Identitätspolitik entgegenstellen

Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist eine der entscheidenden Zukunftsfragen unseres Landes. Als Volkspartei hat es die CDU immer als ihre Aufgabe gesehen, verschiedene Positionen zusammenzuführen und nicht nur einzelne gesellschaftliche Gruppen anzusprechen, sondern die Gesellschaft als Ganzes. Wir stellen uns jeglichen Spaltungstendenzen in der Gesellschaft entgegen. Unsere Grundlage ist dabei das christliche Menschenbild, das jeden Menschen als einzigartig und wertvoll anerkennt. Daraus leitet sich ein zentraler Grundsatz für unsere Gesellschaft ab: Jede Person soll gleiche Rechte und Chancen haben. Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit sind entscheidende Eckpfeiler des Zusammenhalts in unserer immer heterogener werdenden Gesellschaft.

Allen Versuchen, den Menschen nicht als Individuum, sondern in erster Linie als Teil eines Kollektivs zu betrachten, stellen wir uns seit jeher entgegen. Linke und rechte Identitätspolitik gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland. Wenn universitäre Veranstaltungen gestört werden, um nur noch unmittelbar selbst betroffenen Wissenschaftlern die Teilnahme daran zu ermöglichen, sehen wir unsere offene Debattenkultur gefährdet. Gerade das empathische Hineinversetzen in andere Menschen ist notwendig, um einer gesellschaftlichen Spaltung entgegenzuwirken. Aus einem „Wir gegen andere“ muss ein „Wir zusammen“ werden.

Auch in unserer Sprache betonen wir das Gemeinsame in unserer Gesellschaft. Sprache sollte einen und zusammenführen, sie darf nicht ausschließen. Der sogenannten „Gendersprache“ liegt ein Weltbild zugrunde, das die Gesellschaft nicht als Ganzes sieht, sondern sie nach teils konstruierten Geschlechtsvorstellungen in Gruppen einteilt. Diese Spaltung in einzelne Gruppen geht dabei so weit, dass sie auch sprachlich immer und überall zum Ausdruck gebracht werden soll – betont wird nicht das Gemeinsame, sondern immer wieder das Trennende. Die Gendersprache ist auch in anderer Hinsicht nicht inklusiv und integrierend, sie ist exklusiv und grenzt aus. Aus gutem Grund spricht sich daher etwa der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband gegen die Gendersternchen aus. Daher lehnen wir insbesondere in Bildung und Wissenschaft jeden staatlichen Zwang zur Verwendung einer spalterischen, grammatisch falschen Gendersprache ab. Wir setzen uns dafür ein, dass von der Bundesverwaltung und anderen staatlichen Stellen auch im Sinne der besseren Verständlichkeit weiterhin die amtliche deutsche Rechtschreibung verwendet wird.

3. Politische Bildung intensivieren

Angesichts der zunehmenden kulturellen und sozialen Vielfalt der in Deutschland lebenden Menschen sind grundlegende Werte unseres Zusammenlebens, eine positive Haltung der Demokratie und dem Rechtsstaat gegenüber sowie die Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme häufig nicht oder unzureichend ausgebildet. Demokratie und Rechtsstaat sind beispielsweise durch Verschwörungstheorien sowie eine feststellbare Zunahme von Radikalisierung und Extremismus gefährdet. Es muss deshalb ein zentrales Merkmal christdemokratischer Bildungspolitik sein, die grundlegenden Werte, die unser Grundgesetz formuliert, zu vermitteln und eine positive Haltung zum Grundgesetz und zur verfassungsrechtlichen Ordnung Deutschlands, zur parlamentarischen Demokratie und den sie repräsentierenden Organen (Parlamente, Regierungen, Rechtswesen aber auch beispielsweise die Polizei) zu fördern. Eine deutlich vermittelte Wertebasis ist auch im Hinblick auf die Digitalisierung – und hier insbesondere Filterblasen in den sozialen Medien – von herausragender Bedeutung.

Gefordert bei der Vermittlung demokratischer und menschenrechtlicher Werte sind insbesondere die Schulen, um beispielsweise:

- historische Ereignisse aufzuarbeiten und mit gegenwärtigen Entwicklungen in Beziehung zu setzen;
- Projekte im Bereich Extremismusprävention vermehrt anzubieten;
- Debattenkultur zu fördern, u. a. mit dem Ziel, Urteils- und Kritikfähigkeit zu stärken, Dialogfähigkeit zu fördern und zu Verantwortungsübernahme zu ermutigen.